



Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 73 832

📠 (030) 227 – 76 920

✉ bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 17.12.09

Bettina Hagedorn: Bilanz 2009 – Ausblick 2010

2009 war einerseits das Jahr, in dem Deutschland sich auf Initiative der SPD in der Regierung erfolgreich in der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit Maßnahmepaketen gegen die Krise positioniert hat – u.a. mit einem **kommunalen Konjunkturprogramm** von 10 Mrd. Euro, das Städten und Gemeinden, Kreis und Land hilft, mit Bundesmitteln massiv in Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser und öffentliche Infrastruktur zu investieren sowie Aufträge an Handwerk und Mittelstand überwiegend zu Gunsten von Wärmedämmung und Energieeffizienz zu vergeben. Hagedorn: „Für dieses Programm habe ich im Haushaltsausschuss in Berlin gekämpft: Zusammen mit den zusätzlichen Investitionen aus dem Konjunkturprogramm in den Bundeswehrkasernen in Oldenburg und Eutin sowie beim Denkmalschutz der Ratekauer Feldsteinkirche fließen damit deutlich über 20 Mio. Euro aus Berlin allein nach Ostholstein und sichern bei uns Arbeitsplätze. Auch das auf Initiative von SPD-Minister Olaf Scholz verlängerte Kurzarbeitergeld hat sich in unserer Region in der Krise als Rettungsanker für viele Arbeitsplätze in Betrieben erwiesen. Darauf bin ich stolz.“

Andererseits war 2009 das Jahr, in dem die SPD sowohl bei den Berliner **Bundestags-** wie auch bei den **Landtagswahlen** in Kiel im September historische Wahlniederlagen erlitt - allein im Bundestag schrumpfte die Zahl der SPD-Abgeordneten von 222 auf 146 um insgesamt 1/3. Selbstverständlich hat dies dramatische Auswirkungen auf die Präsenz, auf die Arbeitsweise und auf die politische Wirksamkeit der SPD-Abgeordneten auch aus Schleswig-Holstein, die von neun auf sechs Abgeordnete ‚geschrumpft‘ sind. Hagedorn: „Außer in Ostholstein und Nordstormarn nehme ich jetzt auch noch Termine in

den Kreisen Dithmarschen und Plön wahr – als nur noch über die SPD-Liste in den Bundestag gewählte Abgeordnete geht meine Zuständigkeit eben deutlich über die Grenzen der Heimatregion hinaus. Die Oppositionsrolle, die die Wählerinnen und Wähler mir und der SPD am 27. September gegeben haben, nehme ich engagiert an.“

Als katastrophale Fehlentscheidung bewertet Bettina Hagedorn die Tatsache, dass die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im März 2009 den verfassungsändernden Gesetzentwurf von Olaf Scholz zum Erhalt der seit über vier Jahren sehr erfolgreichen **Zusammenarbeit von Kommunen und Arbeitsagenturen** bei der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand durch die ARGE n scheitern ließ, anstatt der von ALLEN Ministerpräsidenten und der Kanzlerin zuvor befürworteten Verfassungsänderung „Grünes Licht“ zu geben. Hagedorn: „Jetzt will Schwarz-Gelb stattdessen, dass alle Bürger mit Anspruch auf Grundsicherung bald zu zwei Behörden gehen, zweimal Anträge stellen müssen, die in zwei Akten geführt und zweimal beschieden werden. Ein großes "Bürokratiemonster" wird geschaffen - statt sich in der Wirtschaftskrise und bei steigender Arbeitslosigkeit um die Menschen kümmern zu können, müssen die Mitarbeiter bei der Arbeitsagentur mit zusätzlicher Bürokratie ihre Zeit verschwenden! Das ist absurd! Der Umbau der jetzigen ARGE n in die künftige Struktur wird vom Bundesrechnungshof mit mindestens 300 Mio. Euro bundesweit beziffert – was hätte man mit diesem Geld alles Sinnvolles für die Menschen bewegen können!“ Zumindest war es ein Lichtblick für die Mitarbeiter der ARGE in Ostholstein, dass SPD-Minister Scholz angesichts der unerwarteten Blockade der CDU/CSU-Bundestagsfraktion binnen 24 Stunden entschied, die bis Ende 2009 befristeten Arbeitsverträge der Arge-Mitarbeiter in Ostholstein bis zum 31.12.2010 zu verlängern, um den Beschäftigten über die Bundestagswahl hinaus eine verlässliche berufliche Perspektive zu geben. Hagedorn: „Doch eine langfristige Sicherheit über ihre künftige Arbeitsweise zur Unterstützung der über 6,6 Millionen Arbeitslosengeld-II-Empfänger bundesweit haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort nicht – Motivation für eine verantwortungsvolle Arbeit wird durch solchen Zick-Zack-Kurs nicht vermittelt.“

Ganz oben auf der sozialdemokratischen Agenda stand 2009 das Thema **Mindestlohn**. Immerhin gelang es der SPD in der Großen Koalition, dass der Bundestag am 22. Januar für die **Aufnahme sechs weiterer Branchen** (Altenpflegepersonal, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Abfallentsorger,

die Textilreiniger und der Zweig der Bergbau-Spezialarbeiten) in die Mindestlohnregelung stimmte – an der Blockade der Union scheiterte leider die wichtige Aufnahme der Leiharbeitsbranche in gesetzliche Regelung. Aber immerhin erhöhte sich damit die Zahl der durch Mindestlohn geschützten Beschäftigten auf fast 4 Mio. Arbeitnehmer. Für die Menschen in Ostholstein – und hier gerade für viele Frauen - ist die Mindestlohnregelung für den Pflegebereich ein besonders wichtiger Erfolg. Hagedorn: „Das Durchschnittsalter in unserem Kreis steigt schneller an als in anderen Regionen - immer mehr Alten- und Pflegeeinrichtungen werden gebaut und bieten qualifizierte Arbeitsplätze in unserer Region. Aber die Arbeit in der Pflege ist hart und extrem verantwortungsvoll, Schichtdienst kommt hinzu. Da darf es keine Frage sein, dass Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, für ihre Arbeit auch anständig bezahlt werden. Mindestlöhne sind nicht nur ein Schutzschild gegen Lohndumping und der Weg zu gerechter Bezahlung. Mindestlöhne sollen sicherstellen, dass Menschen, die Vollzeit arbeiten auch von ihrem Verdienst anständig leben können und als Rentner vor Altersarmut geschützt sind.“

Für die Gegner der **Festen Fehmarnbelt-Querung** gab es 2009 keine guten Nachrichten: Obwohl es gelang, Anfang Mai eine Aufsehen erregende mehrstündige Expertenanhörung im Bundestag zu erwirken, wurde der Staatsvertrag zur Beltquerung am 18. Juni in einer spätabendlichen Abstimmung im Plenum „durchgewunken“. Hagedorn: „Mit zwölf weiteren SPD-Parlamentariern habe ich mit ‚Nein‘ gestimmt und in einer gemeinsamen Erklärung haben wir uns deutlich gegen dieses übereilte Vorgehen ausgesprochen, denn für eine derart kurzfristige Entscheidung bestand weder eine gesetzgeberische Notwendigkeit, noch lagen laut Bundesrechnungshofbericht vom April 2009 alle dafür notwendigen Kosten und Informationen als Entscheidungsgrundlage vor. Der Staat nimmt andernorts in diesen Zeiten der Finanz- und Konjunkturkrise Steuergelder in teils schwindelerregender Höhe in die Hand, um gefährdete Arbeitsplätze zu sichern. Im Fall der Fehmarnbeltquerung ist es aber genau umgekehrt: hier soll der deutsche Staat mindestens 1,5 Mrd. Euro in die Hinterlandanbindung investieren, obwohl durch das Gesamtprojekt ‚Feste Beltquerung‘ perspektivisch 600 Arbeitsplätze allein auf Fehmarn beim Fährverkehr von Scandlines kaputt gemacht werden. Der Fährbetrieb erwirtschaftet seit Jahren auf der „Vogelfluglinie“ Gewinne im zweistelligen Millionenbereich – das Unternehmen zahlt Steuern und ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in strukturschwacher Region. Es ist unverantwortlich, wie kaltschnäuzig die

Befürworter der Beltquerung seit Jahren diese geplante Arbeitsplatzvernichtung ignorieren.“

Die Konkretisierung der Planung der Bahntrasse als **Hinterlandanbindung** treibt den Beltquerungsgegnern aber seit Monaten entlang des Trassenverlaufs neue Unterstützer zu und die Protestfront gegen das Mammutprojekt wird 2010 – wenn die Bahn im Januar die Varianten der Trassenführung durch den Tourismuskreis Ostholstein vorstellt - die Kritiker sicherlich weiter stärken. Klar ist, dass jede Abweichung von der bisherigen Trasse zusätzlichen Planungs- und Bauaufwand und damit Zeit und Geld kostet – die Realisierungschancen des Gesamtprojektes steigen dadurch logischerweise nicht. Hagedorn: „Ich werde im Berliner Haushaltsausschuss – auch bei Mehrkosten – für die Variante kämpfen, die am ehesten die Interessen der Menschen in der Region wahrt. Das wird aber in jedem Fall keine Autobahn-nahe Hochgeschwindigkeitstrasse sein, die Land und Kommunen mit der finanziellen Verantwortung für die bestehende Bahntrasse für die Regionalzüge allein lassen und das Fahrplanangebot für Pendler wie Touristen gefährden würde. Die beste Lösung für die Menschen in Ostholstein bleibt nach meiner festen Überzeugung, wenn die 150 Güterzüge täglich auch weiterhin einen Bogen um Ostholstein machen – das geschieht aber nur, wenn die Beltquerung doch noch wegen explodierender Kosten scheitert.“

2010 wird es vor allem darauf ankommen, die Kehrtwende in der Krise mit den geeigneten wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zu schaffen - doch fast alle Experten haben bereits bei der Anhörung zum so genannten „**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**“ im Bundestag der neuen Regierung attestiert, dass die von der schwarz-gelben Koalition vorgesehenen Maßnahmen diesem Anspruch nicht gerecht werden – es ist lediglich ein Gesetz, das den Schuldenberg Jahr für Jahr unnötiger Weise erhöhen wird ohne Wachstum zu bewirken. Sämtliche Sachverständigengremien der Bundesregierung - von den Wirtschaftsweisen bis zum Rechnungshof - haben das Gesetz vehement kritisiert. Städte und Gemeinden bundesweit, Kreise und Länder - allen voran Schleswig-Holstein - haben dieses Gesetz, das Klientelgruppen bedient und die öffentlichen Haushalte auf allen staatlichen Ebenen gefährdet, unmissverständlich abgelehnt. Zu befürchten ist, dass Schleswig-Holstein am 18.12. im Bundesrat das Gesetz dennoch nicht scheitern lässt, obwohl Land und Kommunen keinen fairen Ausgleich für die Steuerausfälle erhalten werden. Wie aber sollen dann in den nächsten Jahren die dringend notwendigen Ausgaben für Krippen und Erzieher, für Schulen

und Lehrer, für Ganztagsbetreuung und Sozialpädagogen zur Förderung der jungen Generation bezahlt werden?

Hagedorn: „Als Haushälterin sehe ich vor allem die finanziellen Auswirkungen der zusätzlichen angekündigten **schwarz-gelben Steuersenkungspläne** auf die Handlungsfähigkeit von Bund, Ländern, Kommunen und sozialen Sicherungssystemen mit Entsetzen. Auf unverantwortliche Weise und auf Kosten der kommenden Generationen soll unser Sozialstaat "aufs Spiel gesetzt" werden - Einschnitte in den Bereichen Arbeit, Gesundheit und Pflege werden die Folge sein und die Zukunftswenigen falsch stellen, wobei Leidtragende vor allem die Normalverdiener, Familien und Rentner sein werden. Durch die Steuersenkungen wird auch in den Kommunen das Geld für mehr Krippen, Kitas und Ganztagschulen fehlen, in den Ländern das Geld für Lehrer und Polizisten – die Entsolidarisierung durch Union und FDP ist Programm.“

Im nun vorliegenden **Haushaltentwurf 2010** erhöht die Koalition die Neuverschuldung um rd. 50 Mrd. Euro gegenüber 2009 auf knapp 86 Mrd. Euro - rechnet man den Schattenhaushalt dazu, will der Bund neue Kredite über 100 Mrd. Euro aufnehmen. Hagedorn: „Nach der bisherigen Rekordverschuldung unter Kohl und Waigel 1996 von 46 Mrd. Euro wird jetzt die Regierung Merkel/Schäuble zum Rekord-Schuldenmacher. Peer Steinbrück wurde dieses Etikett 2009 zu Unrecht angeklebt: 2009 bleibt die Nettokreditaufnahme mit gut 37 Mrd. Euro knapp 12 Mrd. Euro unter der Prognose – die neue Regierung jedoch ‚verfrühstückt‘ diese eigentlich einzusparende Summe für ihre ‚Klientelgeschenke‘, obwohl gleichzeitig die Steuereinnahmen des Bundes ohnehin schon mit knapp 212 Mrd. Euro auf das Niveau von 2006 zurückgefallen sind. Das ist unverantwortlich!“

Durch diese Rekordverschuldung sind ab 2011 massive Einschnitte ins soziale Netz vorprogrammiert, die gleichzeitig als „Spaltpilz“ zwischen den Generationen wirken werden: Im Gesundheitswesen wird das Solidarprinzip aufgegeben - die Privatkrankenkassen werden einseitig gestärkt, die gesetzlichen Krankenkassen und AOKn "bluten aus", weil bei ihnen die vielen geringer Verdienenden, die chronisch Kranken und Älteren mit höheren Gesundheitsrisiken bleiben. Das geplante Betreuungsgeld als „Zuhausebleib-Prämie“ ist bildungs-, integrations- und gleichstellungspolitisch katastrophal. Mit der Rückkehr zur alten Atompolitik konterkariert die Regierung den Atomkonsens und alle bisherigen Bemühungen zum Ausbau regenerativer Energien. Und besonders kritisch für Ostholstein: Schwarz-gelb wird den Bau

unterirdischer CO2-Speicher vorantreiben - trotz eindringlicher Warnungen führender Umweltpolitiker vor den unkalkulierbaren Langzeitauswirkungen.

"Angesichts dieser bitteren Aussichten werde ich mich im Bundestag in den kommenden Oppositionsjahren mit aller Kraft für die Belange der Menschen unserer Region einsetzen, die mir und der SPD vertrauen – für mehr Arbeit, eine bessere Betreuung, den Erhalt unserer Sozialsysteme mit einer ausreichenden Finanzierung von Gesundheit und Pflege, und den Ausstieg aus der Atomenergie. Hierfür habe ich wieder zahlreiche **Ämter und Funktionen** übernommen. Im einflussreichen **Haushaltsausschuss** des Deutschen Bundestages - dem „Königsausschuss“ des Parlaments – bin ich in den nächsten vier Jahren für den 146-Mrd.-Etat (Entwurf 2010) des Ministeriums für Arbeit und Soziales und damit für den größten Einzeletat des Bundes verantwortlich. Damit gehören die Finanzierung der Bundesagentur für Arbeit und ihrer beschäftigungswirksamen Instrumente zum Wohle der Arbeitssuchenden wie die Fortsetzung des Kurzarbeitergeldes ebenso wie die Rente zu meinem Aufgabenbereich. Zudem wurde ich zur **stellvertretenden Sprecherin der Arbeitsgruppe Haushalt** innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion gewählt. Neben meiner neuen Mitgliedschaft im **Fraktionsvorstand** der SPD bin ich außerdem weiterhin **stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik**, mit der zentralen Zuständigkeit für die Interessen des ländlichen Raumes. Für den **Rechnungsprüfungsausschuss**, dem ich seit sieben Jahre angehöre, wurde ich zur **Sprecherin der SPD** gewählt und habe dort gleichzeitig die Hauptberichterstattung für das Verkehrsministerium – eine ausgesprochen spannende Aufgabe."